



Kärntner
Gemeindebund



Österreichischer
Städtebund
LANDESGRUPPE
KÄRNTEN

PRESSEAUSSSENDUNG

Krankenanstalten Abgangsdeckung – Gemeindebund und Städtebund verlangen umgehende Verhandlungen mit dem Land Kärnten und Lösungen!

In der Sitzung der Landesregierung am 06.12.2022 wurde der Beschluss einer Netto-Abgangsdeckung für die Krankenanstalten in der Höhe von 328 Millionen Euro gefasst. Gegenüber der ursprünglich prognostizierten 4,36%igen Erhöhung bedeutet dies nun eine Steigerung von 14,8 %, in Summe 42,39 Millionen Euro (anstelle der prognostizierten 9,2 Millionen Euro).

Gemäß dem § 68 der Kärntner Krankenanstaltenordnung entfallen auf die Gemeinden 30 % des Betriebsabganges der öffentlichen Landes-Krankenanstalten, sowie 50 % des Betriebsabganges der weiteren öffentlichen Krankenanstalten, in Summe 12,7 Millionen Euro!

Allein anhand erster Berechnungen würde dies für die Stadt Villach ca. 1,6 Millionen Euro oder für Finkenstein 300.000 Euro Mehrkosten gegenüber dem Vorjahr bedeuten. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, wo zahlreiche Städte und Gemeinden bereits den Voranschlag für das Jahr 2023 anhand der ursprünglichen, seitens des Landes übermittelten Zahlen beschlossen haben.

Daher werden seitens der Interessensvertretungen folgende Forderungen erhoben:

1. Weder mit dem Österreichischen Städtebund, Landesgruppe Kärnten, noch mit dem Kärntner Gemeindebund wurde im Vorfeld diesbezüglich gesprochen bzw. über diesen Umstand informiert. Die Art und Weise dieser „**Nullinformation**“ wird von uns künftig nicht mehr akzeptiert werden.
2. Bereits der Umstand, dass es für viele Gemeinden schwierig ist, den 50% Eigenmittelanteil als Voraussetzung für die KIG-Förderung des Bundes aufzubringen, zeigt die angespannte Lage der Gemeindefinanzen. Die enorme Teuerung, die Explosion der Energiekosten, die Personalkostenerhöhungen treffen Städte und Gemeinden mindestens so stark wie alle anderen. Dies führt zwangsläufig zu einem massiven Einbruch der Liquidität und ermöglicht so gut wie keine finanziellen Spielräume mehr für Städte und Gemeinden. Aus diesem Grund fordern wir ein weiteres **Gemeindehilfspaket** sowie mittelfristig eine **Verschiebung von Mitteln im Rahmen des vertikalen Finanzausgleichs zugunsten von Ländern und Gemeinden im Zuge der FAG-Verhandlungen**.

3. Analog der Einführung des Zielsteuerungsübereinkommens für den Bereich Soziales und des damit verbundenen Mitspracherechtes als Mitfinanzierer der Leistungen für Städte und Gemeinden fordern wir auch derartiges **Zielsteuerungsübereinkommen für den Bereich Gesundheit** ein.
4. Der Österreichischen Städtebund, Landesgruppe Kärnten, und der Kärntner Gemeindebund **verlangen daher umgehend Verhandlungen mit dem Land Kärnten und Lösungen.**

Klagenfurt und Villach, am 9. Dezember 2022

1. Präsident Bgm. Günther Vallant
2. Präsident Bgm. Christian Poglitsch,
3. Präsident Bgm. Ing. Gerhard Altziebler
des Kärntner Gemeindebundes

Bgm. Günther Albel
Obmann des Österr. Städtebundes Kärnten

Rückfragehinweise:
LGF Gemeindebund Mag. (FH) Peter Heymich, MA,
+43664/5123912

LGF Städtebund Mag. Arnold Muschet,
+43664/602051670